

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Anja Humburg & Wilfried Bommert **3** Unter falscher Flagge? – Entwicklungspolitik der “New Alliance for Food Security and Nutrition”
- Justina Fischer **11** Positive Auswirkungen des Zustroms von Flüchtlingen für Deutschland
- Roland Geitmann † **19** Geld und Rüstung – Vom Zusammenhang zwischen Geldsystem, Wirtschaftskrisen und Rüstung
- Miles Kimball **25** Negativzinspolitik als konventionelle Geldpolitik
- Johann Walter **38** Durch Negativzinsen zu Wachstum oder zu stationärem und sozialem Wirtschaften?
- Helmut Woll **45** Ivan Illichs sozialphilosophische Kritik an der modernen Industriegesellschaft
- Ulrich Kriese **53** Die Bodensteuer – Politische Debatte und Perspektive
- 57** Berichte – Bücher
- 78** Welt aus den Fugen? - Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung
- 80** 58. Mündener Gespräche in Wuppertal

Barbara Muraca Gut Leben – Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums

Berlin: Klaus Wagenbach Verlag, 2014. 94 Seiten.

In einem kleinen übersichtlichen Band gibt Barbara Muraca einen kompakten Überblick über Geschichte, zentrale Gedankengänge und Denkweisen der neu entstehenden Bewegung für eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Die Philosophin macht dies besonders aus der Perspektive des konkret-utopischen Denkens, aber auch der Utopiekritik deutlich: „Dieses Buch erzählt die utopische Vision einer Postwachstumsgesellschaft, ihre Potentiale, ihre Geschichte, ihren Stammbaum, aber auch ihre Tücken und Gefahren“. (S. 12)

Muraca zeichnet nach, wie die Idee einer vom Wachstumszwang befreiten Gesellschaft, in der das gute Leben für alle im Vordergrund steht, die drei typischen Merkmale einer Utopie enthält: Sie spendet Hoffnung und Trost angesichts festgefahrener problematischer Verhältnisse, sie leistet Kritik aus externer Perspektive und sie ermöglicht die Reflexion über Wünsche und Veränderungen durch die Darstellung von Alternativen. Weil eine Utopie zunächst aus dem Jenseits der realen Verhältnisse kommt, wäre ihre unmittelbare Verwirklichung zum Scheitern verurteilt, als wenn man ein „unter strengen Laborbedingungen entwickeltes Experiment ohne Anpassungen an die externen Gegebenheiten nach außen tragen“ wollte. Eine konkrete Utopie im Sinne Ernst Blochs hingegen „spüre real mögliche Entwicklungstendenzen auf und verstärke sie mit militantem Optimismus“. Damit eine Utopie wirksam werden könne, müssten die „aufgespürten alternativen Potentiale in die etablierten gesellschaftlichen Muster eingefädelt werden“. (17) Auch in herrschenden Ideologien sei immer ein „Überschuss an kritischen Deutungen und Versprechungen“ enthalten, die über die „aktuell verwirklichte Gestalt“ hinausgingen. Ein solcher ist die Idee vom „guten Leben“ für alle, mit der die kapitalistische Wachstumsökonomie zumindest implizit historisch angetreten ist.

Die Frage nach dem „Guten Leben“ sei heute in die Privatsphäre des Einzelnen verbannt, als „Optionsfreiheit“ des Konsumenten, sich einen

Lebensstil innerhalb vorgegebener Gesellschaftsstrukturen zuzulegen bzw. zu erkaufen. Dagegen setzt die Autorin mit der Postwachstumsbewegung die „Gestaltungsfreiheit“ des Bürgers, die gesellschaftlichen Bedingungen für ein gutes Leben für alle demokratisch auszuhandeln. Muraca versteht die konkrete Utopie einer Gesellschaft jenseits des Wachstums als politische Ökologie. Diese konzipiert – im Unterschied etwa zur biologistisch argumentierenden Tiefenökologie – das Mensch-Natur-Verhältnis als komplexe, aber gestaltbare Beziehung. In Anlehnung an kritische Ökologen wie Cornelius Castoriadis oder André Gorz, beides geistige Väter der französischen Decroissance-Bewegung, betont sie die kreativ-subversive Kraft der politischen Ökologie als demokratische Selbstgestaltung der Gesellschaft. Diese sei wesentlich durch dezentrale Autonomie in demokratischen Betrieben und Gemeinschaften zu realisieren, wenn auch Muraca den Mangel einer Konzeption übergreifender Koordination anspricht. Wie die kleinen, miteinander verbundenen Selbstverwaltungsstrukturen, in denen das „gesellschaftlich Nützliche und Kreative gemeinschaftlich und demokratisch entsteht“, mit dem Anspruch auf „institutionelle Koordination der Bereitstellung der notwendigen Güter und Dienstleistungen für alle“ kohärent verbunden werden kann – bleibt tatsächlich bei Gorz genauso unklar wie in der heutigen Postwachstumsbewegung.

Der Lokalismus bzw. der Mangel an Konzeptionen für gesamtgesellschaftlichen Ausgleich wird von Muraca bei ihrer Darstellung verschiedener Postwachstumskonzeptionen immer auch kritisch diskutiert: Während für Niko Paech etwa „individuelle Leistung und Genügsamkeit eine zentrale Rolle für den Wandel spielten“, betone Serge Latouche zwar „stärker kollektive Formen der gesellschaftlichen Umgestaltung“. Beide Entwürfe seien aber „gegen die Gefahr eines ideologischen Lokalismus nicht immun“, der zu „antimanzipatorischen Wendungen“ führen könne.

So wie jede Utopie ihre Gefahren habe, gebe es auch für die Postwachstumsbewegung „falsche Freunde“, „gefährliche Verbündete“ und „Irrwege“. Als letzteren charakterisiert sie den Ansatz von Meinhard Miegel. Sein „Exit“ sei eine

Notlösung unter geltenden Systembedingungen. Miegel vertrete „neue alte Werte“ wie Eigenverantwortung, Freiheit, Bescheidenheit als Ersatz für einen zu fürsorglichen Wohlfahrtsstaat, der zur Unmündigkeit und zur Erosion sozialer Beziehungen geführt habe. Muraca analysiert dies als „Anpassung der Bedürfnisse und Glücksvorstellungen an veränderte Zwänge, die nun Austerität und Sozialkahlschlag heißen“. (62) Der „vermeintlichen Bevormundung des Staates“ würden der „Paternalismus der Bessergestellten“ (Mildtätigkeit statt sozialstaatlicher Rechte) und die „patriarchalen Verhältnisse der traditionellen Familie“ entgegengesetzt. Dagegen könne man nur „wirklich frei“ sein, wenn die „materiellen Nöte gelindert sind“. Zudem würden der anvisierte Zeitgewinn und die Muße für künstlerische Tätigkeiten nicht realisiert werden können, wenn die Menschen den ganzen Tag mit mehreren Mini-Jobs und vermehrter Reproduktionsarbeit verbringen müssten. Das Exit-Modell Miegels sei ein Refeudalisierungs- und Entsolidarisierungsprojekt – vormoderne Formen der Verteilung von Einkommen, Anerkennung und Macht würden damit reetabliert.

Als ebenso gefährlich beschreibt Muraca die Vereinnahmung von Postwachstumswünschen durch die neue Rechte, etwa bei Alain de Benoist. Er versuche zentrale rechte Gedanken wie Homogenität oder Abschottung mit einer Kritik am westlichen Entwicklungsgedanken, der instrumentellen Vernunft, des Eurozentrismus etc. zu legitimieren. Statt einer Moderne, die mit ihrem Menschenrechtsuniversalismus alles andere als unterentwickelt abstempele und Differenzen ignoriere, sollten sich die Völker nach eigener Tradition entwickeln. Benoist übernehme Argumente der Globalisierungskritiker, allerdings ohne ihre herrschaftskritischen Bezüge. Sein Bioregion-Ansatz basiere auf einem organistischen Prinzip einer Gemeinschaft von Natur und Menschen, an der alle ihren vorgegebenen Platz einnehmen und sich hierarchisch unter das Ganze unterordnen.

Neben diesen Gefahren einer konservativen (Miegel) oder rechtsextremen (de Benoist) Vereinnahmung der Postwachstumsbewegung problematisiert Muraca weitere „gefährliche Verbündete“: Mit der Orientierung „Alle Macht dem

Lokalen“ klinge auch „Lokalpatriotismus“ mit und „vormoderne Tauschformen“ würden idealisiert, deren Unterdrückungsverhältnisse ausgeblendet blieben. Kritisch sieht die Autorin auch Argumentationen, die auf dem Glücksempfinden der Menschen aufbauen. Dieses könne auch als Bewältigungsstrategie für ein schlechtes Leben fungieren. Auch eine „Ökonomie der Einfachheit“ sei nicht unproblematisch, könnte diese gerade den Ärmsten angedient werden. Für „Weniger ist Mehr“ seien unverteilende Rahmenbedingungen nötig. Aufpassen müsste die Bewegung nicht zuletzt mit dem Topos der „Befreiung von der Arbeit“ durch Arbeitszeitverkürzung: Wer macht dann die weiter „notwendigen“, heute oft unentgeltlich geleisteten Tätigkeiten? Jede Form von Arbeit müsse in den Blick genommen werden, wie es etwa bei dem (Re-)produktivitätsansatz des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften oder der Vier-in-Einem-Perspektive von Frigga Haug der Fall sei.

Generell gehe es darum, gutes Leben „als politische Frage gemeinsam auszuhandeln und die Rahmenbedingungen ihrer Verwirklichung zu gestalten“. Dafür gebe es weder eine „Landkarte“ noch „markierte Pfade“, die uns vorm „Abdriften“ und „falschen Freunden“ schützten. Allenfalls „Wegweiser“ könnten benannt werden, ausgehend von existierenden Initiativen, Projekten und Diskussionen der Postwachstumsbewegung.

Einer dieser Wegweiser ist die Organisation des Wirtschaftens über Commons, verstanden nicht nur als gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Ressourcen, sondern als „neue Form der Beziehungen“. Wettbewerb bei „Sport und Spiel“ sei in Ordnung, alles andere besser durch Kooperation zu bewältigen. Das sei kein Zurück in vorindustrielle Zeiten, vielmehr ließen sich neue Technologien und Dienstleistungen „vollständig lokal, dezentral und gleichzeitig global durch Vernetzung und Austausch“ gemeinsam entwickeln. Auch wenn solche Produktionsweisen aktuell erst Experimentiernischen seien, die noch abhängig vom restlichen Produktionssystem sind, verwiesen sie auf die Möglichkeit einer „umfassenden Veränderung“.

Als zweiten Pfeiler nennt Muraca Umverteilung. Ausgehend von den Erkenntnissen von Wilkinson

& Pickett betrachtet sie Ungleichheit und Statusangst als Wachstumstreiber. Deshalb gehöre zu einer Postwachstumsgesellschaft eine Grundversicherung, die „allen ein würdevolles Leben“ ermögliche sowie die „Umverteilung materieller Ressourcen“, etwa in Form eines BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) oder der in der französischen *Decroissance*-Bewegung entwickelten DIA (*Dotation Inconditionnelle d'Autonomie*): Eine Art materielles Grundeinkommen in Form von Zugang zu Bildung, Mobilität, einer Fläche zum Wohnen etc. Aus dem Anspruch auf Solidarität als „leitendes Gerechtigkeitsprinzip einer Postwachstumsgesellschaft“ folge, dass eine „Ansammlung kleiner, selbstgenügsamer, isolierter Postwachstumsgemeinden, in denen die Solidarität an den geographischen oder politischen Grenzen der Gemeinschaft“ aufhöre (85), keine wünschenswerte und auch keine durchhaltbare Option sei. Solidarische Ökonomie bedeutete zunächst Selbstverwaltung der eigenen Produktion, etwa in Genossenschaften. Diese betriebsinterne Solidarität erweitere sich aber auf weitere Betriebe des „lokalen, regionalen und sogar weltweiten Netzwerks, die miteinander nicht in Konkurrenz wie die klassischen kapitalistischen Unternehmen stehen, sondern kooperieren.“ (86) Diese nicht am Profit orientierte Logik der Betriebsführung gelte auch für industrielle Produktion mit Zuliefererketten. Neben solidarischen Formen des Tausches könne es aber auch marktvermittelte geben. Das gelte allerdings nur für kleine Unternehmen, nicht für große Konzerne.

Zu einer Postwachstumsökonomie gehöre neben gemeinschaftlichen Formen des Eigentums und der Güternutzung eine wiedereingebettete Rolle des Geldes: Es solle vom Staat verwaltet und an Banken geliehen werden – also eine Umkehrung des jetzigen Verhältnisses.

Als zentralen Punkt markiert Muraca die Erneuerung der Demokratie: Eine Postwachstumsgesellschaft könne zu einem „Rettungsanker echter Demokratie“ werden. Nachdem Wachstum früher „entscheidend für die Stabilisierung demokratischer Wohlfahrtsstaaten“ gewesen sei, sei es nun zu einer Bedrohung für ihren „demokratischen Kern“ geworden: Die Reaktionen auf Wachstumskrisen wie etwa Privatisierung, Ver-

schuldung und Austerität hätten demokratische Staaten geschwächt. Losgelöst vom Wachstumszwang könne eine Gesellschaft über ihre „Prinzipien und Formen des Zusammenlebens“ wieder selbst bestimmen: „Demokratie braucht Postwachstum, und gleichzeitig braucht auch Postwachstum Demokratie“. (88) Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeute, die „gesamten Bedingungen der Produktion und der Bereitstellung von Dienstleistungen, Konsum und Nutzung demokratisch zu gestalten und nicht den Kräften des Marktes zu überlassen“. Jenseits zentraler Planwirtschaft einerseits und reiner Konsumentenrolle andererseits sollen die Bürger sich zivilgesellschaftlich aktiv an „ökonomischen Prozessen durch Genossenschaften, solidarische Betriebe und selbstverwaltete Strukturen“ beteiligen.

Für diesen Weg zu mehr Demokratie sei eine „Veränderung der Zeitstrukturen der Gesellschaft“ nötig. Dies ist unmittelbar plausibel. Jeder, der einmal versucht hat, in einer Genossenschaft, einem Wohnprojekt oder auch einer lokalen Agendagruppe ernsthaft Prozesse und Produkte mitzugestalten, weiß, dass Partizipation mit hohem Zeitaufwand verbunden ist. Dieser Widerspruch zwischen Zeitwohlstand und Basisdemokratie wird von Muraca allerdings nicht weiter diskutiert. Mit Jürgen Habermas ließe sich dazu sagen, dass in posttraditionalen komplexen Gesellschaften nicht alles lebensweltlich-diskursiv kommuniziert werden kann. Die entlastende Herausbildung von Systemen mit automatisierten Steuerungsmedien wie Geld oder politisch-administrativer Entscheidungsmacht sind in der Moderne unausweichlich, allerdings auch ständig mit der Gefahr der Überformung der diskursiven Demokratie durch verselbständigte systemische Imperative des Geldes und der politischen Macht („Kolonisierung der Lebenswelt“) verbunden. Die Lösung der Demokratiekrise kann demnach nicht in totaler Partizipation liegen, sondern in einer Abwehrbewegung gegen Tendenzen der ökonomischen Kolonisierung, durch Setzung von Rahmenbedingungen für ein sozial-ökologisches Wirtschaften ohne Wachstumszwang. Das kann zum Beispiel ein Grundeinkommen sein in monetärer oder materialer Form, um die Wachstumstreiber Ungleichheit und ökonomische Not zu

begrenzen. Das können zum Beispiel der Verbrauch von Ressourcen oder die Benutzung von Umweltmedien begrenzende Regulierungen sein wie etwa CO₂-Zertifikate oder Ökosteuern.

Die Diskussion und Bestimmung dieser Rahmenbedingungen bzw. – in ihren Worten – die „übergeifende Koordination“ markiert Muraca als noch weitgehend ungelöste Demokratietaufgabe, für die es noch „keine ausgearbeiteten Überlegungen“ gebe. Welche „noch zu erfindende Gestalt“ die Postwachstumsgesellschaft annehmen werde, sei schwer zu sagen. „Illusorisch“ nennt sie ein Denken, nach dem „sie (die Gestalt, US) nur über die Kooperation zwischen selbstständigen Lokalgemeinden aufrechtzuerhalten wäre“. (89) In jedem Fall sei aber „eine gelebte und offene Demokratie“ die „fundamentale Bedingung für ein gutes Leben für alle“, zu dem eine „ständige Auseinandersetzung über die geteilten Grundwerte, die Überprüfung möglicher Diskriminierungen und die Bewahrung von Räumen für Widerstand, Kritik und Opposition“ (ebd.) gehören.

Fazit: Eine übersichtliche, sehr gut lesbare Einführung in das Denken der Postwachstumsbewegung, die – und das ist sozusagen ihr Alleinstellungsmerkmal – neben dem wohlwollenden Überblick über ihre Bestandteile den Blick auch auf aus emanzipatorischer Sicht problematische Elemente und Anschlüsse lenkt.

Ulrich Schachtschneider

Serge Latouche **Es reicht! – Abrechnung mit dem Wachstumswahn**

(mit einem Vorwort von Niko Paech)

München: oekom Verlag, 2015. 208 Seiten.

Nachdem die 4. Internationale Degrowth-Konferenz nach Frankreich, Spanien und Italien 2014 in Deutschland stattfand, erreicht nun auch eine zentrale französische Schrift der *Décroissance*-Bewegung den deutschen Sprachraum. Serge Latouches Buch „Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn“ ist eine Zusammenfassung seiner Analyse zum Thema *Décroissance* beziehungsweise Degrowth – passenderweise übersetzt von einem Kollektiv.¹ Acht Jahre nach der französischen Erstveröffentlichung lässt sich

sagen: Das wurde auch Zeit, denn Serge Latouche gilt neben Paul Ariès und Vincent Cheynet als Vordenker der französischen *Décroissance*-Bewegung.

In einer schonungslosen Analyse geht der emeritierte Ökonomie-Professor den Gründen für die ökologischen und sozialen Missstände unseres Wirtschaftssystems nach. Als Hauptproblem macht er die Maßlosigkeit aus, die fest verankert in der „techno-ökonomischen Handels-Megamaschine“ sei. (S. 19) Die Werbung lasse uns begehren, was wir noch nicht haben, und mache uns madig, was wir schon genießen. Sie würde unerlässlich neue Bedürfnisse erwecken und der Kredit ermögliche, dass diese durch neue Güter befriedigt werden können. Schließlich sorgen die geplante Obsoleszenz, also bewusst in Kauf genommene Sollbruchstellen und fehlende Ersatz- und Reparaturmöglichkeiten, dafür, den „Teufelskreis der Konsumgesellschaft“ (S. 36) am Leben zu halten. In der Folge würden nicht nur die Fundamente des sozialen Zusammenhalts untergraben, sondern auch die ökologischen Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört. Als Belege führt Latouche auf insgesamt 40 Seiten Fußnoten und Literaturverweisen (bei 145 Seiten Text) nicht nur alt bekannte Studien, sondern auch eindrucksvolle Beispiele wie die „Odyssee der dänischen Krabben“ (S. 84) an, welche die Absurdität des herrschenden Wirtschaftssystems offenbaren.

Doch die Schuldigen sind nicht so leicht identifiziert: Es gebe nicht das eine Feindbild. Was Harald Welzer mit den „mental Infrastrukturen“² beschreibt, findet sich bei Serge Latouche als „Kolonisierung des Imaginären“ wieder. Die Vorstellungswelt sei vollkommen von der Wachstumsgesellschaft vereinnahmt und die „konkrete Utopie“ der *Décroissance* daher nur in einer Postwachstumsgesellschaft realisierbar. Der Weg dorthin führe über eine kulturelle Revolution, die grundsätzlich mit dem gegenwärtigen System breche. Dies ist der Kern seines Ansatzes, von Latouche als die acht „R“ bezeichnet³: Die Reevaluation und Rekonzeptualisierung der gesellschaftlichen Werte, eine Restrukturierung des Wirtschaftssystems, damit eng verbunden eine Redistribution von Vermögen sowie eine Relo-